

Amt Stralendorf

Dorfstraße 30
19073 Stralendorf



Niederschrift öffentliche Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Stralendorf

Sitzungstermin:	Montag, 18.09.2017
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Stralendorf, Sitzungssaal - Amtsscheune, Dorfstraße 30, 19073 Stralendorf

Anwesend sind:

Amtsvorsteher

Herr Manfred Bosselmann

Amtsausschussmitglieder

Frau Gisela Buller

Frau Marianne Facklam

Frau Anke Gräber

Herr Harry Heinrich

Herr Rüdiger Naber

Frau Simone Reimann

Herr Helmut Richter

Frau Janett Rieß

Herr Hartwig Schulz

Herr Volker Schulz

Herr Michael Vollmerich

Herr Heiko Weiß

Herr Christian Wöhlke

Verwaltung

Frau Nadja Bendsen

Herr Frank Bierbrauer- Murken

Herr Sven Borgwardt

Gäste

Herr Stefan Gierke

Herr Thilo Kreimer

Entschuldigt fehlen:

Amtsausschussmitglieder

Herr Dr. Rainer Dahlmeier

Verwaltung

Frau Grit Aglaster

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

- 2 Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 3 Genehmigung der Tagesordnung / Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 4 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 03.07.2017
- 5 Einwohnerfragestunde gem. § 17 , Abs. 1 der KV
- 6 Anfragen der Amtsausschussmitglieder
- 7 Bericht des Amtsvorstehers
- 8 Schulneubau
- 8.1 Antrag des Rechnungsprüfungsausschuss vom 09.09.2017
Vorlage: 2017/AMT/236
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**
Der Amtsvorsteher, Herr Bosselmann, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

- zu 2 **Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**
Die Beschlussfähigkeit wird mit 14 von 15 anwesenden Amtsausschussmitgliedern festgestellt.

- zu 3 **Genehmigung der Tagesordnung / Änderungsanträge zur Tagesordnung**
Herr Bosselmann beantragt die Tagesordnung wie folgt zu ändern. Die eingebrachte Tischvorlage 2017/AMT/236 – „Antrag des Rechnungsprüfungsausschuss vom 09.09.2017“ wird unter dem Tagesordnungspunkt 8 „Schulneubau“ beraten.

Die geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

- zu 4 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 03.07.2017**
Lt. Aussage von Herrn Naber, spiegeln die vorliegenden Protokolle nicht immer genau das wieder, was genau gesagt wurde. Eventuell wäre es sinnvoll die kommenden Sitzungen aufzunehmen.

Die Sitzungsniederschrift vom 03.07.2017 wird mit 13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung bestätigt.

- zu 5 **Einwohnerfragestunde gem. § 17 , Abs. 1 der KV**
Es gibt Seitens der Einwohner keine weiteren Wortmeldungen.

- zu 6 **Anfragen der Amtsausschussmitglieder**
Es gab Seitens der Amtsausschussmitglieder keine Wortmeldungen.

zu 7

Bericht des Amtsvorstehers

- I. Am 16.10.2017 findet im Haus der kommunalen Selbstverwaltung eine Veranstaltung zum Thema FAG statt. Beginn der Veranstaltung ist 18.00 Uhr. Allen Bürgermeistern wurde die Einladung zu dieser Veranstaltung ins Fach gelegt.
- II. Der Kreistag wird in den kommenden Tagen die Auftragsvergabe zum Breitbandausbau beschließen. Der Amtsbereich ist mit fünf Gemeinden (Dümmer, Schossin, Stralendorf, Warsow und Zülow) enthalten. Entgegen der bisherigen Annahme wird es in diesem Jahr aber keinen Spatenstich mehr geben.
- III. In Bezug auf das Thema Windenergie gibt es noch keine neuen Erkenntnisse. Bisher wurden keine neuen Gebiete bekanntgegeben. Sobald dies geschieht, wird es eine neue Beteiligung der Gemeinden/Amt geben. Das für Alt Zachun geplante Windeignungsgebiet läuft wie bisher weiter. Die vorliegende Veränderungssperre hat hierauf keinen Einfluss. Die Sperre gilt nur für die Zukunft.
- IV. Die Jubiläumsfeier „25 Jahre Amt“ war ein Erfolg. Ca. 240 Personen hatten sich für die Feier angemeldet. Ein großer Dank geht an den Festausschuss für die geleistete Arbeit.

zu 8

Schulneubau

Mit Schreiben des Amtsvorstehers vom 16.08.2017 wurde allen Amtsausschussmitgliedern eine Sachstandsmitteilung zugesandt. Bestandteil dieses Schreibens war auch eine Variantenübersicht und eine entsprechende Erläuterung zu den Grundlagen dieser Übersicht (siehe Anlage). Herr Bierbrauer-Murken erläutert nochmals das Zustandekommen dieser Zahlen, welche auf Statistischen Zahlen beruhen und anhand der Bruttogrundfläche errechnet wurden.

Herr Vollmerich schlägt vor diesbezüglich mit dem Landkreis zu sprechen, da sich dieser seiner Verantwortung teilweise entzieht. Eventuell sollte man auch mit dem Landkreis über das Schuleinzugsgebiet sprechen. Wie sieht es aus, sollte das Gymnasium von der Schule getrennt werden?

Hierzu wird der Hinweis gegeben, dass das Amt für die Gesamtkosten aufkommen müsste, sollte der gymnasiale Teil ausgegliedert werden. Bisher trägt der Landkreis hier einen Kostenanteil von rund 30%.

Herr Naber gibt an, dass für ihn die vorliegenden Zahlen keine Entscheidungsgrundlage darstellen. Vielmehr sollte zeitgleich zum Variantenvergleich auch eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt werden. Warum dies bisher noch nicht geschehen ist, ist nicht nachvollziehbar.

Er kann nur raten den vorgelegten neutralen Anträgen des Rechnungsprüfungsausschusses zuzustimmen, damit es in dieser Sache endlich vorankommt.

Die Aufstellung der Kosten der Varianten und die möglichen Folgekosten sollten jetzt oberste Priorität haben. Auch hätte eine Klärung mit dem BBL schon längst durchgeführt werden können. Schließlich hatte dieses seine Hilfe hierbei angeboten.

Herr Richter erkundigt sich nochmals nach der Aufgabe des BBL. Frau Bendsen erklärt, dass diese hier eine beratende Tätigkeit hat. Diese Aufgabe wurde von Seiten des BBL auch sehr ernst genommen. Lt. des vorliegenden Schreibens vom BBL fehlt die noch notwendige Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Frau Reimann erkundigt sich nach dem Projektablauf. Wie sehen die weiteren Schritte der Verwaltung aus?

Herr Bosselmann erklärt, dass die beiden Bauabschnitte 1 und 2 bereits durchgeführt wurden. Es fehlt nur noch die Durchführung des Bauabschnittes 3. Neu ist das Herr Kreimer im Juli die Forderung nach 40 zusätzlichen Räumen aufgemacht hat.

Auf die vorliegenden Unterlagen angesprochen erklärt Herr Bierbrauer-Murken, dass diese keine Aussage zur Wirtschaftlichkeit geben sollen. Vielmehr dienen sie dazu, abzuwägen welche Varianten man sich überhaupt leisten könnte. Die entsprechenden Zahlen für die Aufstellung der verschiedenen Varianten wurden aus dem Baukostenindex genommen. Mit den so aufgeschlüsselten Varianten hätte man durchaus eine Entscheidung treffen können.

Zum eingereichten Fördermittelantrag gibt es bereits eine schriftliche Zusage, in der Fördermittel in Höhe von 800.000,- Euro in Aussicht gestellt werden. Auf diese Zusage sollte man vertrauen können.

Herr Volker Schulz schlägt vor, dass man einen Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Variante 2 (Sanierung + Ergänzungsbau) erstellen sollte.

Herr Naber informiert über die Aufstockung der Grundschule in Pampow. Diese Maßnahme wurde im Jahr 1990 mit entsprechenden Fördermitteln durchgeführt. Im kommenden Jahr wird die Schule dann abbezahlt sein. Man sollte also durchaus optimistisch an die Sache rangehen.

Auch stellt er die Frage in den Raum, weshalb Varianten eingespart werden sollten. Eventuell wäre ein Neubau sogar wirtschaftlicher als eine Sanierung.

Frau Buller stellt klar, dass ein Hauptverantwortlicher aus der Verwaltung für das weitere Verfahren benannt werden muss. Herr Bierbrauer-Murken wird sich auch weiterhin um das Projekt Schule kümmern.

Auf die Zusammenarbeit mit dem Planungsbüro Hartung & Partner angesprochen, erklärt Herr Bierbrauer-Murken folgendes. Das Planungsbüro wurde lediglich mit den Aufgaben befasst, die die Zuarbeit zum BBL betreffen. Weitere Aufträge wurden nicht erteilt. Das Sanierungsprojekt wird an der Schule so weitergeführt wie geplant. Parallel dazu werden die weiteren Punkte ins Auge gefasst.

Herr Richter erkundigt sich, ob es eine Fristsetzung für die Abgabe der Arbeiten von Herrn Hartung gibt.

Frau Bendsen erklärt hierzu, dass einen gab, dieser Termin aber bereits überschritten wurde. Die Arbeiten sollten demnach mit Nachdruck eingefordert werden. Herr Bierbrauer-Murken wird sich diesbezüglich mit Herrn Hartung in Verbindung setzen.

Frau Facklam fordert einen aussagekräftigen Beschluss vom Amtsausschuss. Denn nur so kann sich am vorhandenen Zustand etwas ändern. Das Amt und der Amtsausschuss haben eine große Verantwortung dem Lehrerkollegium und den Schülern gegenüber. Das muss sich jeder bewusst sein.

Bezüglich des Beschlusses wird auf den Tagesordnungspunkt 8.1 verwiesen.

zu 8.1

Antrag des Rechnungsprüfungsausschuss vom 09.09.2017

Vorlage: 2017/AMT/236

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 09.09.2017 beantragt der Rechnungsprüfungsausschuss des Amtes Stralendorf die Aufnahme zweier Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Amtsausschusses am 18.09.2017.

Gemäß § 29Abs.4 i.v.m. 135 KV-MV entscheidet der Amtsausschuss mit der Mehrheit

aller Mitglieder über die Änderung der Tagesordnung entsprechend des vorliegenden Antrages.

Beschlussvorschlag:

Der Amtsausschuss beschließt, entsprechende des vorliegenden Antrages des RPA vom 09.09.2017 die Tagesordnung um folgende Tagesordnungspunkte zu ändern:

1. Auftrag an den RPA zur Prüfung der Schulbaumaßnahme gem. §3 Abs. 1 S.5 des Kommunalprüfungsgesetz MV.
2. Auftrag an die Amtsverwaltung mittels eines Planungsbüros für die Leistungsphasen 1-3 HOAI eine belastbare Kostenschätzung inkl. Variantenprüfung für das Gymnasiale Schulzentrum mit Grundschule zu erarbeiten.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Planungskosten für eine Variantenuntersuchung sind bisher nicht geplant. Diese Kosten müssten zunächst aus den vorhandenen Mitteln für die Sanierung 3. BA gedeckt werden.

Bemerkungen

Aufgrund des § 24 der Kommunalverfassung des Landes M-V waren keine Mitglieder der Gemeindevertretung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

<u>Abstimmungsergebnis</u>	BV 1	BV 2
Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	16	16
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	14	14
Davon stimmberechtigt:	14	14
Ja-Stimmen:	6	8
Nein-Stimmen:	6	5
Stimmenenthaltungen:	2	1
Ungültige Stimmen:	-	-

zu 9

Sonstiges

- I. In Bezug auf das Leitbildgesetz erklärt Herr Bierbrauer-Murken folgendes. Die Bürgermeister sollten sich zeitnah mit den beiden Koordinatoren des Landkreises zur Festsetzung von Beratungsterminen in Verbindung setzen. Sofern diese Termine stattgefunden haben, wird die ausgefertigte Matrix zur Kontrolle an die Koordinatoren geschickt. Kommt von dort das Okay, kann die Matrix im Oktober in den Gemeindevertretungen beschlossen werden.
- II. Frau Buller erkundigt sich zum aktuellen Stand zur Brandschutzbedarfsplanung. Herr Bierbrauer-Murken erklärt, dass zwar Angebote von Planern vorliegen, es vom Land aber noch keine Verwaltungsvorschrift zur Durchführung dieser Verordnung gibt. Aus diesem Grund ist noch keine Vergabe der Arbeiten erfolgt.
- III. Frau Facklam regt an, über die Einrichtung einer Kontrollierstelle im Amt nachzudenken.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender

Schiffführer